



## Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 18.01.2017, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

### ÖFFENTLICH

TOP 1

Bericht der Initiative "Vernetzung  
nachbarschaftlicher Strukturen"

Vorl.Nr. 004/17

---

#### Beratungsverlauf:

Die Begrüßung erfolgt durch EBM **Seigfried**. Bevor er das Wort an die Initiative Nachbarnetz weitergibt, weist er darauf hin, dass bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung in Ludwigsburg hoch angesetzt werde, insbesondere die anlassfreie Bürgerbeteiligung. Hier sei nicht eine Entscheidung über ein bestimmtes Projekt zu treffen. Mit dem klassischen Format einer Zukunftskonferenz ergeben sich oftmals Themenfelder, welche weiter zu entfalten seien. So sei auch der Impuls für die Initiative Nachbarnetz erfolgt.

Die Vertreter der Initiative Nachbarnetz stellen ihre Arbeit anhand einer Präsentation vor. Diese liegt dieser Niederschrift bei.

In Quartieren solle der soziale Zusammenhalt, Integration, Belange von Familien und Unterstützung älterer Menschen durch ein Nachbarnetz geschaffen werden. Momentan sei die Initiative in 3 Pilotquartieren mit ehrenamtlich Tätigen aktiv.

Die Initiative lebe vom Vertrauen der Bürger/-innen untereinander. Die Initiative sei nicht nur über das Internet zu erreichen, es habe jeder die Möglichkeit, beispielsweise über Karten, Kontakt aufzunehmen.

EBM **Seigfried** dankt der Initiative und dem eingebrachten Engagement. In den Haushaltsberatungen sei ein Budget für Unterstützungsleistungen eingestellt worden. Für die weitere Entwicklung brauche man vor Ort Akteure, welche sich mit Begeisterung und Hartnäckigkeit einsetzen. EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** spricht der Initiative, deren Begeisterung ansteckend wirke, seinen Dank aus. Er wolle nachfragen, wie die Vernetzung beispielsweise mit der Stadt Ludwigsburg sei. Stadtrat Meyer weist darauf hin, dass Multiplikationsorte, wie Pflegeheime, Bäcker, Apotheken, sicherlich bereit seien, Flyer auszulegen oder Plakate auszuhängen. Er wolle wissen, wie der Stufenplan in der Erweiterung und Budgetierung der Quartiere angedacht sei, insbesondere die Vorgehensweise in Neubaugebieten, wo bisher noch keine Strukturen vorhanden seien. Zudem wolle er wissen, wie und ob die Initiative mit der Stadt verlinkt sei.

Stadträtin **Steinwand- Hebenstreit** lobt die Arbeit der Initiative. Sie könne ihre volle Unterstützung zusagen. Sie könne sich vorstellen, dass hier eine Bürgerstiftung angeregt werden könne.

Stadträtin **Faulhaber** bedankt sich ebenso für die Präsentation und das große Engagement. Die Initiative zeichne zudem aus, dass bisher ohne großes finanzielles Budget gearbeitet worden sei. Die Idee, dass hier eine Bürgerstiftung eintreten könne, finde sie ebenso gut.

Ihren Dank für die informative Präsentation spricht Stadträtin **Moersch** aus. Die Initiative sei ein großer Gewinn für die Stadt. Die Vereinsamung der älteren Gesellschaft sei ein wichtiger Schwerpunkt der Initiative. Sie könne ihre volle Unterstützung zusagen.

Ebenso spricht Stadtrat **Eisele** seinen Dank und großes Lob für das Engagement der Initiative aus. Die nachbarschaftliche Hilfe sehe er als sehr wichtig. Er wolle wissen, ob Anforderungen und Anbieteranfragen ausgeglichen seien und wie organisatorisch die Ausdehnung der Quartiere stattfinden solle.

Die Vertreter der Initiative freuen sich über die positiven Rückmeldungen und gehen auf die offenen Fragen ein. Bisher sei man mit einem kleinen Pilotprojekt gestartet. Künftig werde die Vernetzung weiter erfolgen. Jedes Quartier brauche 3 bis 5 verantwortliche Personen. Die im Quartier lebenden Menschen kennen die Strukturen des Gebietes. Zur Knüpfung des Netzwerkes greife man auf die Kirchengemeinden und die Vereine zu. Die Aufteilung der Quartiere werde nach den Akteuren abgesteckt. Das bürgerschaftliche Engagement sei notwendig. In Neubaugebieten versuche man über die Bauträger Unterstützung zu erhalten. Als Zukunftsvision sehe man die Verteilung vieler kleiner Quartiere über das gesamte Stadtgebiet. Die Initiative arbeite auf drei Ebenen, diese seien die Quartiere, das Plenum und die Steuerungsgruppe.

Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement und Soziales) teilt mit, dass eine Verlinkung mit der städtischen Homepage geplant sei, aufgrund der momentan noch zu geringen Anzahl der Quartiere bisher noch nicht erfolgte, aber demnächst nachgeholt werde.

TOP 2                      Handbuch zum Qualitätsmanagement  
                                  "Verpflegung in städtischen  
                                  Kindertageseinrichtungen und Schulen"  
                                  - mündlicher Bericht

---

Beratungsverlauf:

Vor Einstieg in TOP 2 weist EBM **Seigfried** auf die ausgelegte Broschüre zum Thema Sport des Städtetages hin.

EBM **Seigfried** ruft Top 2 auf. Er teilt mit, dass dieses Angebot explosionsartig angestiegen sei. Im Jahre 2005 gab es 11 Kindertageseinrichtungen mit Essensangebot, davon 3 Betriebskindertageseinrichtungen. Heute seien es 72 Einrichtungen. Dies sei eine große Herausforderung für die Träger und die Stadtverwaltung.

Frau **Schmetz** und Herr **Albrecht** (FB Bildung und Familie) stellen anhand einer Präsentation das Qualitätsmanagementhandbuch Kita- und Schulverpflegung vor.

Die Präsentation liegt dieser Niederschrift bei.

Die bauliche und organisatorische Seite, sowie die Essensqualität sei untersucht worden. Nach den ersten Untersuchungen sei deutlich geworden, dass die Erstellung eines Qualitätsmanagementhandbuches notwendig sei, berichtet Frau Schmetz. Bei der Essensausgabe an Schulen sei ein deutlicher Anstieg vor allem im Grundschulbereich gegeben. Die gebuchten Essen in den Kindertageseinrichtungen seien ebenso gestiegen.

Die Vernetzungsstelle für Schulverpflegung stand beratend zur Seite. Bei der Gemeinschaftsverpflegung müsse eine Vielzahl von Hygienevorschriften beachtet werden, so Herr Albrecht.

Frau Schmetz teilt mit, dass begleitend zum Prozess eine hauswirtschaftliche Betriebsleitung eingestellt worden sei. Heute sei das Handbuch dem Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales vorgestellt worden. Künftig wolle man auch mit anderen Kommunen in Kontakt treten.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** spricht seinen Dank für die große Mühe aus. Allerdings sei manches zu theoretisch vorgestellt worden. Hygiene und gesunde Ernährung seien wichtige Punkte. Die Qualität solle hoch angesetzt aber die Theorie mehr an der Praxis angelehnt werden. Zudem wolle er gerne wissen, wie der Kontrollablauf sei. Er wünsche sich mehr Information über die gesetzlichen Vorschriften.

Stadtrat **Kasdorf** lobt die Präsentation und die Ausarbeitung des Handbuches, welches die Standards für die Caterer, die Einrichtung und die Eltern festlege. An wen werde dieses Handbuch ausgegeben, wolle er wissen. Wie seien die Erfahrungswerte anderer Kommunen auch bezüglich der anfallenden Kosten, die mit der Umsetzung des Handbuches einhergehen. Bei der Lebensmittelauswahl sollen Fleisch und Fleischprodukte ausschließlich aus artgerechter Tierhaltung sein. Er wünsche sich noch ein Feedback bezüglich der Schülerbeteiligung in der Arbeitsgruppe.

Für Stadtrat **von Stackelberg** sei dieses Handbuch eine gute Möglichkeit Standards festzulegen. Die Attraktivität der Mensaessen solle positiv öffentlich beworben werden. Erstaunt sei er über den geringen Bioanteil bei der Lebensmittelauswahl. Man stünde in zweifacher Verantwortung. Zum einen den Kindern/ Schülern und zum anderen den Anbietern gegenüber. Zudem sei zum Teil die Umsetzung des Abrechnungssystems nicht befriedigend. Hier müsse noch besser vermittelt werden. Die befristete Stelle der hauswirtschaftlichen Betriebsleitung als fachliche Unterstützung sei sinnvoll. Kritisch sei die Aufsicht während den Essenszeiten.

Der Ausbau der Essensbetreuung sei in den letzten Jahren enorm gestiegen, so Stadträtin **Moersch**. Die Folgen seien unter anderem bauliche Maßnahmen, Gewinnung und Schulung von Mitarbeitern wie auch die Auswahl der Caterer. Die Rahmenbedingungen zu den Standard- und Qualitätskriterien seien wichtig und gut. Sie bitte noch um Information, wie mit der Herausforderung im Bezug auf Allergien und Unverträglichkeiten umgegangen werde. Ein wichtiger Baustein sei das weitere Bestehen des 1.-- Euro Essensangebotes. Der fachkundige Blick durch die hauswirtschaftliche Betriebsleitung sehe sie ebenso als wichtig.

Ein großes Lob für das Handbuch könne Stadtrat **Eisele** aussprechen. Er sehe im Punkt Hygiene das Händewaschen als äußerst wichtig. Es solle ein gesundes und vernünftiges Essen angeboten werden. Die Essensausgabeportionen sollen nochmal überdacht werden, da die Essensportion der Oberstufenschüler sicherlich größer ausfallen solle, als bei den Unterstufen.

Stadtrat **Weiss** habe noch Fragen zu der Entwicklung der Indikatoren in den kommenden Jahren. Ebenso wolle er wissen, ob es von Seiten der Eltern ein Feedback gebe.

Frau **Schmetz** und Herr **Albrecht** gehen auf die offenen Fragen ein. Die gesetzlichen Vorschriften wurden standardisiert festgelegt. Bei der Essensqualität wurden in Abstimmung unter anderem mit der Schulverpflegungsstelle die Standards festgelegt. In einer Sammelverpflegungsstelle müsse besonders auf die Hygienevorschriften geachtet werden. Die Art der Essenszubereitung wurde aus den Erfahrungswerten der Mitarbeiter in den Kindertagesstätten und den Caterern gemeinsam erarbeitet. Man wolle eine Grundversorgung sicherstellen, die Rücksichtnahme auf Allergiker und Unverträglichkeiten sei sehr schwierig. Die Ausgabeportionen seien zwischen Grundschulern und Oberstufenschülern unterschiedlich. Nachschlag bei den Beilagen sei immer möglich.

Bezüglich des neuen Abrechnungssystems habe man positive Rückmeldungen erhalten. In einer Schule habe es Schwierigkeiten gegeben. Dort erfolgte bereits ein Gespräch mit dem Schulleiter. In den Kindergärten und Grundschulen sei Personal während den Essenszeiten anwesend. In der Feuerseemensa sei derzeit ein Bundesfreiwilligendienstleistender als Aufsicht vor Ort. Der

Trend geht hin zum Ganztagesbetrieb und die Einnahme der Mittagsmahlzeit in den Einrichtungen.

EBM **Seigfried** teilt mit, dass bei Interesse gerne dieses Handbuch eingesehen werden könne.

TOP 3

Flüchtlingsunterkunft Ditzinger Straße 17  
- Vergabe der Bau- und Betreuungsleitung an die  
Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH  
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 008/17

---

### **Beschlussempfehlung:**

1. Der Gemeinderat beschließt den Bau einer temporären Flüchtlingsunterkunft in der Ditzinger Straße 17, auf dem Parkplatz „Kleines Feldle“ neben der Grundschule Pflugfelden mit Projektkosten in Höhe von bis zu 2.8 Mio. EUR.
2. Die Verwaltung wird beauftragt mit der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH einen Vertrag sowohl zur Erstellung einer schlüsselfertigen Einrichtung als auch zur Gebäudeverwaltung und Betreuung dieser Unterkunft zu schließen.
3. Die in der Anlage 1 beigefügte Vereinbarung zwischen der Stadt Ludwigsburg und der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH wird beschlossen.
4. Die Stadtverwaltung wird ermächtigt mit der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH eine Vereinbarung zu treffen, die diese berechtigt mit dem Landkreis Ludwigsburg einen Mietvertrag im Namen der Stadt Ludwigsburg zur Unterbringung von Flüchtlingen abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Die Abstimmung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller  
Stadtrat Kube

EBM **Seigfried** ruft Top 3 auf. Die Standorte der temporären Unterkunft seien bereits längst festgelegt. Aufgrund der Besonderheit der Vermietung des Objektes von 3 Jahren wolle die Stadt die Unterkunft selbst bauen, da im Anschluss eine Nutzung durch die Stadt erfolge. Hier könne eine Anschlussunterbringung oder eine Nutzung durch die Schule erfolgen. Eine konkrete Aussage bezüglich des Zeitrahmens könne derzeit nicht getroffen werden  
EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Köhle** könne der Vorlage zustimmen. Er hoffe, dass der benötigte Bedarf der Grundschule schnellstmöglich sichergestellt werden könne. Außerdem wünsche er sich einen guten Start in der Flüchtlingsunterbringung an diesem Standort.

Stadtrat **Kasdorf** gibt ebenso seine Zustimmung. Er stellt die Frage, ob die Zuschüsse geringer ausfallen werden, da eine Förderung lediglich für eine Umnutzung von Unterkunft auf Schule erfolgen könne. Ein pfleglicher Umgang mit dem Inventar sei ihm wichtig, idealerweise solle dies im Anschluss von der Schule genutzt werden. In der Sanierung der Parkfläche solle für geordnete Verhältnisse gesorgt werden. Eine Flachdachbegrünung stehe nicht explizit in der Vorlage, er gehe davon aus, dass diese erfolge. Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) klärt die Frage der Dachbegrünung.

Der Vorlage zustimmen könne ebenso Stadträtin **Faulhaber**. Wie sehe die Betreuung der Unterkunft durch die Wohnungsbau aus, wolle sie noch beantwortet haben. Sorge bereite ihr die Situation der Schule, da verschiedene Nutzungen vorliegen.

Stadtrat **Weiss** sieht die Vorlage als schlüssig. Die große Flexibilität sei notwendig. Wünschenswert wäre die schnelle Nutzung durch die Schule. Die Entwicklung der Anschlussunterbringung ist derzeit nicht absehbar. Während der drei Jahre erhalte die Stadt durch den Landkreis einen Finanzierungsbeitrag. Der Vorlage könne im vollen Umfang zugestimmt werden.

EBM **Seigfried** teilt mit, dass die Errichtung eines neuen Parkplatzes bereits in Auftrag gegeben wurde. Aufgrund der aktuellen Wetterverhältnisse könne derzeit nicht begonnen werden. Betreuung durch die Wohnungsbau bedeute lediglich die Bewirtschaftung unter anderem die Abwicklung des Mietgeschäftes und die Projektbetreuung. Die soziale Betreuung erfolge durch den Landkreis. Im Zuge der Familienzusammenführung werden weitere Objekte benötigt. Hier müssen flexible, familiengerechte Lösungen gefunden werden. Es sei ein zunehmender Handlungsdruck gegeben. Aufgrund der Unterbringung von Flüchtlingen, könne hier nicht ein Zuschuss für Schulbau beantragt werden. Im Anschluss wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt.

TOP 4

Flächen für Asylunterkünfte, Flächen für den Wohnungsbau  
- Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom 12.11.2015

Vorl.Nr. 482/15

---

#### **Antrag:**

1. Alle Vorlagen zu den obengenannten Themen werden grundsätzlich (auch in der Vorberatung) öffentlich behandelt.
2. Vor den endgültigen Beschlüssen werden dem Gemeinderat folgende Unterlagen zur Verfügung gestellt:  
Belegbare Zahlen über leerstehende Wohnungen und Gebäude in Ludwigsburg
  - a. private Wohnungen und Gebäude,
  - b. im Besitz der Wohnbau Ludwigsburg.
3. Zu den Entscheidungsunterlagen gehören auch belegbare Aussagen über die zu erwartende Zahl von anerkannten Asylanten.

#### **Begründung:**

Die genannten Themen betreffen die Bürger unmittelbar in ihrem alltäglichen Leben in der Kommune.

Um eine rationale Entscheidung im Gemeinderat treffen zu können, bedarf es dringend der Beantwortung der unter 2. und 3. gestellten Fragen.

Die Beschaffung von menschenwürdigem Wohnraum für Asylanten ist ein unabdingbares Grundrecht. Die Betroffenen haben Anspruch auf eine schnelle Bereitstellung. Der Bedarf soll zunächst aus dem Bestand gedeckt werden.

Planung und Durchführung von Wohnbauprojekten für die Zukunft darf nicht unter dem Vorwand, daß Asylunterkünfte vonnöten sind, exzessiv betrieben werden.

Das Prinzip der Eindämmung des Flächenverbrauchs gilt nach wie vor, will die Stadt lebenswert bleiben.

Es gelten weiter die Festsetzungen des Bundesbaugesetzes zu einer menschenwürdigen Umwelt und Stadtentwicklung vorrangig im Innenbereich und die Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise. Ludwigsburg ist weiterhin Mitglied des Bündnisses zum Flächensparen.

Im Übrigen: was hat die Stadt in den letzten 12 Jahren getan, um bezahlbaren Wohnraum für „Menschen mit kleinem Geldbeutel, für alte Menschen, die von geringen Renten leben, für bedürftige Familien“ zu schaffen?

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 0 Ja-Stimmen, 12 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig abgelehnt.

Nicht anwesend:      Stadträtin Faulhaber  
                              Stadtrat Haller  
                              Stadtrat Kube

EBM **Seigfried** teilt mit, dass ein Antrag der Stadträtin Burkhardt vorliege. Stadträtin Burkhardt selbst ist nicht anwesend. Von Seiten der Verwaltung werde empfohlen den Antrag abzulehnen, da die Beratungen je nach Bedarf durchgeführt werden. Das Thema Flüchtlinge werde häufig öffentlich beraten. Neben dem Flüchtlingsforum seien mehrfach

Bürgerinformationsveranstaltungen erfolgt. Das Thema leerstehende Wohnungen sei bereits mehrfach geprüft worden. Häufig stehen Objekte aufgrund von Erbfällen, anderweitiger Nutzung oder geplante Umbauten leer. Die Anzahl der zu erwartenden Flüchtlinge und Asylbewerber sei nicht absehbar.

Nachdem keine Aussprache erwünscht wird, stellt EBM Seigfried die Vorlage zur Abstimmung.

TOP 5                    Vorstellung des Aufgabenportfolios von  
                              Fachbereich 32, Sicherheit und Ordnung  
                              - Weiteres Vorgehen entsprechend der  
                              Haushaltsstruktur-Kommission vom 09.05.2016  
                              - mündlicher Bericht

---

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation stellen Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) und Herr **Beck** (FB Sicherheit und Ordnung) ihren Fachbereich vor. Die Präsentation liegt dieser Niederschrift bei.

Der Fachbereich Sicherheit und Ordnung sei in 5 Bereiche (Bußgeld, Feuerwehr, Straßenverkehr, Polizeirecht und Justizariat) eingeteilt.

EBM Seigfried dankt Herrn Winkler und Herrn Beck für den Vortrag und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Moersch** bedankt sich für die Präsentation.

Ebenso ein Lob spricht Stadtrat **Dengel** aus. Er sehe ein höherer Mitarbeiterbedarf im Ordnungsdienst, sehe hier aber ein Kostenproblem. Zudem habe er den Eindruck, dass im Stadtgebiet einige Verkehrsschilder unnötig aufgestellt seien. Zudem wolle er wissen, ob aufgrund des Verstoßes gegen das Näherungsverbot eine Freiheitsstrafe ausgesprochen wurde, sowie ob eine Verlagerung der Jugendtreffpunkte aufgrund von Kontrollen festgestellt worden sei und ob aggressives Verhalten bei Personenkontrollen vermehrt aufgetreten sei.

EBM **Seigfried** bittet um Benennung der angesprochenen Verkehrsschilder.

Stadträtin **Faulhaber** spricht ebenso ihren Dank aus. Sie sehe das Thema Personalgewinnung als wichtiger Punkt. Die Sicherheit im öffentlichen Raum werde ernst genommen. Der Einsatz jedes einzelnen Mitarbeiters werde sehr geschätzt. Das Bahnhofareal als Problemfall wolle sie heute erneut ansprechen. Der Bahnhof sei Treffpunkt von jugendlichen Flüchtlingen aus dem Landkreis Sie wünsche sich hier ein pro aktives Handeln, auch im Sinne der jungen Menschen.

Das Sicherheitskonzept des Weihnachtsmarktes sei der Bürgerschaft unglaublich erschienen, so Stadtrat **Kasdorf**.

EBM **Seigfried** teilt mit, dass es keinen Maßstab gebe um städtische Veranstaltungen abzusichern. Es müsse lokal nach eigener Einschätzung Entscheidungen getroffen werden.

Herr **Beck** geht auf die offenen Fragen ein. Der Bahnhof sei ein kreisweiter Anziehungspunkt von jugendlichen Flüchtlingen. Hier greife das Betreuungsangebot nicht. Der Kontrolldruck habe vermutlich im Bereich Akademiehof für Ruhe gesorgt. Das aggressive Verhalten habe merkbar zugenommen. Die Jugendlichen differenzieren zwischen der Polizei und der Polizeibehörde und zeigen zum Teil respektloses Verhalten.

EBM **Seigfried** teilt mit, dass das Thema Sicherheit im öffentlichen Raum regelmäßig in verschiedenen Austauschrunden geprüft werde. Das Bahnhofsareal sei schon immer ein beliebter Treffpunkt. Erschwerend sei hinzugekommen, dass der Landkreis dort ein Treffpunkt für junge Flüchtlinge eingerichtet habe. Hierzu laufen Gespräche. In den vergangenen Jahren sei erheblich in Sicherheit investiert worden.

Als wichtig sehe er die Integration der jungen Flüchtlinge in den Vereinen.

Stadtrat **von Stackelberg** regt an, dass in einer künftigen Sitzung über ein Konzept bezüglich der Integration gesprochen werden solle.

Stadträtin **Steinwand- Hebenstreit** ärgere sich über die unbefriedigende Parksituation während der Weihnachtszeit.

Stadtrat **Dengel** bemängelt, dass in der Zeitung informiert wurde, dass nicht abgeschleppt werde.

Herr **Winkler** teilt hierzu mit, dass keine Schwerpunktaktionen erfolgt seien, sehr wohl aber Abschleppungen erfolgt seien.